

Inhalt

I. Ich will da rein!	1
1. Der Fall	1
2. Die Entscheidung	1
3. Fazit	2
II. Neues auf Rehmnetz	3
III. Beamtenblog	3

I. Ich will da rein!

*von Christian Horvat, Rechtsanwalt,
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft*

Mit diesem Zitat des damaligen Juso-Vorsitzenden Gerhard Schröders, als dieser vor dem – noch Bonner – Bundeskanzleramt am Gitterzaun gerüttelt hat, könnte man die Klage einer 1976 geborenen Lehrerin überschreiben, die sich zum Ziel gesetzt hatte, in das Berufsbeamtentum „reinzukommen“.

Ihr Kampf hat sie bis vor das Bundesverwaltungsgericht geführt, das ihr schließlich – zumindest vorläufig – Recht gegeben hat.

Während wir uns in den letzten Beiträgen mit vorwiegend Sanktionsfragen beschäftigt haben und damit auch stets mit einer ungewollten Entfernung aus dem Beamtenstatus, soll uns der heute besprochene Fall zeigen, welche Hürden zuweilen genommen werden müssen, um in den Genuss des Beamtenstatus überhaupt zu kommen.

1. Der Fall

In der Entscheidung BVerwG 2 C 18.12 (Urteil vom 25. Juli 2013) hatte sich das Bundesverwaltungsgericht mit dem Fall einer seit 2006 angestellten Grundschullehrerin zu befassen, die in Folge der sogenannten Scheuermann'schen Erkrankung an einer verformten Brustwirbelsäule litt. Ihr war rückwirkend sogar ein Grad der Behinderung von 30 attestiert worden. Die Verbeamtung wurde ihr wegen fehlender gesundheitlicher Eignung verweigert, obgleich sie „zwar gegenwärtig dienstfähig“ war. Es besteht nämlich eine „erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass sie vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze dienstunfähig werde“.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Berufungsentscheidung, die dem Klage- und Berufungsbegehren der Klägerin jeglichen Erfolg versagt hatte, aufgehoben. Dabei hat es die folgenden Grundsätze aufgestellt:

2. Die Entscheidung

Artikel 33 Abs. 2 GG und § 9 BeamtStG bestimmen, dass der Dienstherr auch eine Entscheidung darüber zu treffen hat, ob der Bewerber den Anforderungen seines Amtes in gesundheitlicher Hinsicht entspricht. Fällt diese Prüfung negativ aus, kann der Bewerber unab-



Produktipp

Gansen

Disziplinarrecht in Bund und Ländern

Kommentar



3.564 Seiten
Loseblattwerk in 3 Ordnern
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-3043-9

[\[Mehr Info\]](#)

Auch als Internetlösung verfügbar:
Vierteljahrespreis für 3 Lizenzen –
Mindestvertragslaufzeit 12 Monate
€ 49,99

[\[Mehr Info\]](#)

Das beliebte Standardwerk – jetzt noch praktischer

Unentbehrlich für die Arbeit im Bund und in den Ländern. Der „Gansen“ informiert zuverlässig über die neue Rechtslage. Neben der Kommentierung des BDG sind die Disziplinarergänze der Länder abgedruckt und gegebenenfalls Abweichungen zum BDG kommentiert.

Eine Synopse erschließt die parallelen Paragraphen in Bund und Ländern. Dadurch ist das Werk sowohl im Bund als auch in den Ländern Gewinn bringend einsetzbar. Die für die Arbeit im disziplinarrechtlichen Bereich unverzichtbaren ergänzenden Vorschriften sind ebenfalls alle abgedruckt.

Zusätzlich enthält das Werk verschiedene Mustertexte für Praktiker (z.B. Einleitungs-/Einstellungsverfügung, Ladung, Protokoll, Disziplinaranzeige) und Schaubilder.

hängig von seiner fachlichen Eignung nicht verbeamtet werden. Er kann auch nicht in den Leistungsvergleich der Bewerber um die zur Vergabe stehenden Ämter einbezogen werden. Ist er nicht „gesund genug“, ist er von vornherein inakzeptabel.

Es ist daher durch einen Amtsarzt oder beamteten Arzt festzustellen, ob die gesundheitlichen Gegebenheiten aus seiner fachlichen Sicht gegeben sind. Dieses Votum ist jedoch nichts anderes als eine Hilfe für den Dienstherrn. Die Entscheidungsverantwortung wird nicht auf den Arzt delegiert.

Es ist auch Sache des Dienstherrn, die körperlichen Anforderungen der jeweiligen Laufbahn überhaupt zu bestimmen.

Hierbei wird ihm ein weiter Einschätzungsspielraum eingeräumt. Diesen hat er aber auch im Hinblick auf den „typischen Aufgabenbereich der Ämter der Laufbahn zu orientieren“. An diesen daraus gewonnenen Vorgaben ist „die individuelle körperliche Leistungsfähigkeit der Bewerber zu messen“.

Chronische Erkrankungen haben also Berücksichtigung zu finden, da eine Prognoseentscheidung zu treffen ist. Hier ist der gesamte Zeitraum bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze einzubeziehen. Zu prüfen ist, ob der Bewerber bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze seinen Dienst leisten wird oder wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden muss.

Dogmatisch findet dies seine Grundlage in Artikel 33 Abs. 5 GG. Die Grundsätze des Berufsbeamtentums umfassen auch das Lebenszeit- und das Alimentationsprinzip. Der Beamte ist nämlich ein Leben lang zu versorgen. Der Dienstherr hat daher Interesse an einem ausgewogenen Verhältnis von Lebensdienstzeit und Ruhestandszeit. In der hier besprochenen Entscheidung ist der Senat von einer langjährigen Judikatur abgewichen und hat die Rechte der Bewerber und damit ihre Zugangsmöglichkeit gestärkt. Bis zu dieser Entscheidung musste nämlich, um in den Genuss des Beamtenstatus zu kommen, der Eintritt der Dienstunfähigkeit vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen sein. Der vorherige Maßstab war also geeignet, Bewerber schon deshalb abzulehnen, weil eine Abweichung vom durchschnittlichen Gesundheitszustand von Bewerbern vorgelegen hat.

Im Hinblick auf die Unsicherheit von Prognoseentscheidungen und der komplexen medizinischen Thematik würde hiermit eine erhebliche Unsicherheit eintreten. Regelmäßig geht die vorzeitige Dienstunfähigkeit näm-

lich auch auf nachträglich eintretende Umstände zurück. Entscheidend ist daher folgender Satz des Bundesverwaltungsgerichts:

„Die gegenwärtig vorhandene gesundheitliche Eignung kann wegen künftiger Entwicklungen nur verneint werden, wenn durch tatsächliche Anhaltspunkte belegt werden kann, dass mit überwiegender Wahrscheinlichkeit vom Eintritt einer Dienstunfähigkeit vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze auszugehen ist.“

Folglich hat mit dieser Rechtsprechung ein Wechsel zur Vorgewichtung zugunsten des Bewerbers stattgefunden.

Eine weitere Abkehr von der bisherigen Rechtsprechung ist dadurch erfolgt, dass die Verwaltungsgerichte nunmehr über die gesundheitliche Eignung von Beamtenbewerbern zu entscheiden haben, „ohne an tatsächliche oder rechtliche Wertungen des Dienstherrn gebunden zu sein. Diesem steht gerade kein Beurteilungsspielraum mehr zu.“

Die letzte Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Anwendung normativer Vorschriften liegt bei den Verwaltungsgerichten.

Das ergibt sich aus Artikel 19 Abs. 4 GG. Die Sache ist daher zur Entscheidung an das Oberverwaltungsgericht zurückgewiesen worden.

3. Fazit

Die Entscheidung ist wohl nicht nur politisch, sondern auch rechtlich begrüßenswert, vor allem da sie den Grundsatz des effektiven Rechtsschutzes nach Artikel 19 Abs. 4 GG hervorhebt. Sie bietet insbesondere Bewerbern mit Behinderung eine Möglichkeit echter Teilhabe und erschwert ein vorzeitiges „Ausortiertwerden“ wegen einer körperlichen Einschränkung. Vielmehr erhalten die Bewerber eine echte Chance!

Dr. Christian Horvat, Rechtsanwalt

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

II. Neues auf Rehmnetz

News: [Öffentlicher Dienst hat höchste Wochenarbeitszeit](#)

News: [Öffentlicher Dienst 2014: 4,8 Prozent mehr Pensionäre im Landesbereich](#)

Gesetzgebung:
[Bundesfamilienministerin kündigt Entgeltgleichheitsgesetz an](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Die geistige Eignung des Bewerbers als Ernennungsvoraussetzung](#)

[Der Dienstherr zahlt das Schmerzensgeld](#)

[Aberkennung des Ruhegehalts nach über 40 Jahren](#)



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

dargestellt anhand des BeamtStG und des LBG NRW, einschließlich Vorschriftensammlung

Kommentar



11.102 Seiten

Loseblattwerk in 6 Ordnern

€ 199,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

ISBN 978-3-7685-5870-9

[\[Mehr Info\]](#)

Die Teilausgabe Beamtenrecht Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen, ist jedoch auf Grund ihres Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.



Produktipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.258 Seiten

Loseblattwerk in 4 Ordnern

ISBN 978-3-8073-0014-6

€ 179,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.